

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 5. Plenumsitzung vom 3. November 2010

18.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend Ratspräsident Thomas Fässler
31 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibelin Lydia Schumacher

entschuldigt drei Ratsmitglieder
plus eine Vakanz

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat Harald Huber Stadtpräsident
Susy Senn Soziales
Patrick Stutz Werkbetriebe

Stadtschreiber-Stv. Roland Sibler

Schulpflege Rita Rapold Schulpräsidentin

1. **Mitteilungen**
2. **Einbürgerungsgesuche**
3. **Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sozialkommission**
4. **Haushaltführung mit Globalbudgets**
Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Anpassungen der Vereinbarung zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat
5. **Globalbudget-Postulate 2011**
Antrag des Stadtrates, die Globalbudget-Postulate 2011 abzuschreiben und die Stellungnahmen des Stadtrats bzw. der Schulpflege zu den Anträgen der Sachkommission gutzuheissen
6. **Förderprogramm für Solaranlagen**
Bericht und Antrag auf Abschreibung des Postulates von Thomas Fässler betr. Förderprogramm für den Bau von Solaranlagen

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Harry Baldegger, berufliche Verpflichtung, Daniel Frei, Sportunfall, Nicole Kappeler, Ferien.

1.2 Rücktritt von Max Stenz

Ratspräsident Thomas Fässler:

Wie bereits an der letzten Ratssitzung erwähnt, hat Max Stenz per 4.11.10 den Rücktritt eingereicht, und zwar aus gesundheitlichen Gründen. Gestern ist die Genehmigung des Bezirkrates eingetroffen. Max Stenz ist über zwölf Jahre Mitglied des Gemeinderates, am 1.7.1998 ist er als Nachfolger von René Durler in die Legislative gewählt worden. Vom April 2002 - Februar 2007 war Max Stenz Mitglied der Baukommission, sieben Jahre - vom April 2002 bis März 2009 - war er Mitglied der Sachkommission 2, und ab Mai 2007 bis jetzt wirkte er im Büro mit, und im vergangenen Amtsjahr war er unser Präsident. Max Stenz hat mit vielen parlamentarischen Vorstössen und markanten Voten die Adliswiler Politik mitgestaltet. Im Namen des Gemeinderates dankt der Ratspräsident Max Stenz sehr herzlich für sein langes und engagiertes Mitwirken im Rat. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und überreicht ihm das Abschiedsgeschenk und die Urkunde.

Stefan Winter:

Über zwölf Jahre hast du im Rat mit deiner direkten Art, Politik zu machen, sehr vieles erreicht. Du hast dich in der Baukommission und in der Sachkommission engagiert und hast im Büro zum Rechten geschaut. Der Höhepunkt deiner Politikkarriere war aber sicherlich dein Präsidentenjahr, während dem deine Stimme für wichtige Sachgeschäfte gleich mehrmals den Ausschlag gab. Als Gemeinderat bist du für klare Werte eingestanden und hast mit viel Emotion und Sachverstand politisiert. Ich meine, wir verlieren mit dir einen der charismatisten Ratsmitglieder der Neuzeit. Für die Freien Wähler bist du die Galionsfigur, das Aushängeschild, und das Sprachrohr gewesen. Du hast uns mit deinem trockenen Humor, deinem Charme und Witz immer souverän durch die Fraktionssitzungen geführt und warst dir für ein Bier danach nie zu schade. Es schmerzt, eine Persönlichkeit wie dich ziehen lassen zu müssen. Wie Alt Bundesrat Leuenberger kürzlich treffend erklärt hat: „Wir treten auf, wir spielen, wir treten ab.“ Hier ist es dein letzter Auftritt, aber wir wissen alle, dass jetzt eine andere Bühne für viele weitere Auftritte mit Drums, Gitarre und Mikrofon auf dich wartet. Deine CD „Silver Wings“ ist gepresst, dein Konzert vom 19. November in der Kulturschachtle ist ausverkauft. Musik hat für dich schon immer einen hohen Stellenwert gehabt. Du sollst mal gesagt haben: „Nach einem Konzert bin ich besser erholt als nach einer Woche Ferien.“ Da wir wissen, dass deine Freizeitbeschäftigung nicht nur aus Politik, Musik und Ferien besteht, habe ich hier ein sehr wichtiges Geschenk für dich - einen Klettergurt und einen Helm. Die beiden Sachen sollen dir Sicherheit bieten, wenn du mal in der Vertikalen hängst und nicht mehr weißt, wo oben und wo unten ist. Lieber Max, ich bedanke mich im Namen der Freien Wähler recht herzlich für dein langjähriges

Engagement, und wir hoffen, dass du uns weiterhin auf die eine oder andere Art mit Rat und Tat zur Seite stehst (Überreichung des Abschiedsgeschenks).

Max Stenz:

Ihr seid mir während meiner Amtsjahre ans Herz gewachsen, ich werde euch vermissen, und ich werde mich freuen, wenn ich die einen und anderen wieder sehe. Die Lehre, die ich aus der Politik gezogen habe, ist, dass man nicht von A nach B gehen kann, denn es gibt immer noch ein C und ein Cis dazwischen. Man muss lernen, diese Umwege zu machen. Ich habe gelernt, dass der Sinn der Politik ist, ein Gleichgewicht der Kräfte zu bewahren. Das sichert uns den Frieden im Land. Wir haben zwar untereinander immer wieder harte Diskussionen gehabt, aber dabei blieb es, und nachher konnte man zusammen wieder ein Bier trinken, und das macht die Sache schön. Deshalb übernehme ich gerne die erste Runde des heutigen Schlummertrunks. Ich bedanke mich bei euch allen für eure Unterstützung, ich hatte immer das Gefühl, dass ich willkommen bin. Ich danke aber auch dem Stadtrat und der Schule für ihr Verständnis für meine manchmal harten Worte. Ich wünsche euch allen viel Erfolg.

1.3 Neue Ratsmitglieder

Der Ratspräsident informiert: Gestern hat der Stadtrat in einer Ersatzwahl Herr Erwin Lauper für den Rest der Amtszeit als neues SVP-Mitglied des Gemeinderates gewählt, und zwar als Nachfolger von Bernd Riesen. Die Wahl wird voraussichtlich zirka Mitte November rechtskräftig sein.

Als Ersatz für Max Stenz wird Ruedi Bräuer nachrücken, und als Ersatz für Rita Schmid, die ihren Rücktritt per Ende Jahr eingereicht hat, wird voraussichtlich Daniel Jud nachrücken.

1.4 Überweisung an die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Am 6. Oktober 2010 wurde überwiesen:

Anträge der Pensionskassenkommission und Empfehlung des Stadtrates auf Genehmigung des Regelements der Pensionskasse der Stadt Adliswil per 1. Januar 2011 und der Übergangsbestimmungen betr. Umwandelungssatz gem. Art. 4 Abs. 15 des Pensionskassenreglements

Am 15. Oktober 2010 wurde überwiesen:

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung des Budgets 2011
- Genehmigung der Globalbudgets 2011
- Genehmigung von zwei zusätzlichen Abschreibungen in den Bereichen Abwasserbeseitigung und Wasserwerk
- Schätzung des einfachen Staatssteuerertrages auf 39'700'000 Franken
- Festsetzung des Steuerfusses 2011 auf 110 %
- Belastung des budgetierten Aufwandüberschuss von 1'841'000 Franken auf das Eigenkapital

1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Harald Huber:

Ich habe zwei Berichtigungen bekanntzugeben. Stadtrat Didier Falbriard hat an der letzten Ratssitzung im Kontext mit der Interpellation „Littering“ mitgeteilt, dass der Stadtrat die Polizeiverordnung überarbeite. Der Stadtrat hat dies jedoch noch nicht beschlossen, aber er ist im Moment daran zu prüfen, ob eine Überarbeitung angezeigt ist.

Im Kontext mit der Interpellation „Schulhausparkplätze“ hat die Schulpräsidentin, basierend auf Unterlagen der städtischen - nicht der schulischen - Liegenschafts-Abteilung, gesagt, dass die Ungleichbehandlung zwischen der Mitarbeitenden der Stadt und der Schule zukünftig nicht mehr geduldet würde, und dass dies mittels eines neuen Parkplatzreglementes ab 1.1.2011 neu geregelt werde. Wir haben im Stadtrat über diese Sache beraten, aber wir haben nicht beschlossen, per 1.1.2011 ein neues Reglement einzuführen. Wir prüfen aber eine Lösung dieser Frage.

Stadtrat Patrick Stutz beantwortet eine aus der Juni-Sitzung pendente Frage.

Clemens Ruckstuhl hatte folgende Frage gestellt: In der Sonntagszeitung vom 16. Mai war ein Artikel mit dem Titel „Zürich vertagt die Gefahrenkarte. Zuständigem Amt wurden 6,5 Mio. Franken gestrichen.“ Weiter ist zu lesen, dass weitere Projekte nicht realisiert werden. Einzig fortgeschrittene Projekte in Greifensee, im unteren Sihltal und am rechten Zürichseeufer würden abgeschlossen. Wie steht das mit den diesbezüglichen Adliswiler Projekten? Werden diese auch nicht realisiert?

Stadtrat Patrick Stutz:

Zur 1. Frage: Das Sparprogramm betrifft Adliswil nicht. Die Gefahrenkarte „Unteres Sihltal“ war zu diesem Zeitpunkt bereits erstellt, wir wurden im Vernehmlassungsverfahren auch einbezogen. Das AWEL hat im Sommer einen Festsetzungsbeschluss verfasst, und dieser wurde im August vom Regierungsrat beschlossen. Wir arbeiten bereits mit dieser neuen Gefahrenkarte und setzen entsprechende Massnahmen um, so wie wir sie im Hochwasserschutz geplant haben.

Zur 2. Frage: Es betrifft nicht die Hochwasserschutz-Massnahmen im Bereich der Sihl, das sind zwei unabhängige Projekte.

Der Ratspräsident informiert, dass die Beantwortung der pendenten Frage aus der letzten Sitzung von Daniel Aebli betreffend Fahrradkontrollen am Sihluferweg voraussichtlich an der nächsten Sitzung beantwortet wird.

1.6 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung von Thomas Iseli, FDP:

Anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung habe ich die Frage betreffend die „neuen“ Parkplätze bei der Sportanlage Tüfi gestellt. Der zuständige Stadtrat hat damals gesagt, dass die Parkplätze unrechtmässig auf dem Land der Stadt Adliswil erstellt worden seien. Er hat klar gemacht, dass Schritte in die Wege geleitet wor-

den seien, um dies wieder rückgängig zu machen. Jetzt, rund einen Monat später ist nichts geschehen. Der Zustand ist weiterhin derselbe, ja die unberechtigten Parkplätze haben sogar mit Schablonen geschriebene Nummern und den Namen der wahrscheinlichen Benutzer erhalten. Es sieht so aus, als würden die Parkplätze noch länger bestehen bleiben. Es ist klar, dass der Stadtrat nicht alles sehen kann. Entsprechend habe ich mit meiner Frage an der Oktober-Sitzung auf diese Parkplätze hingewiesen. Dass aber in der Folge wenig bis gar nichts passiert ist, ist mehr als enttäuschend, entbehrt aller guter Absicht und zeigt wenig Pflichtbewusstsein. Es sollte sich einmal jemand von uns getrauen, auf dem Land der Stadt für sich Parkplätze zu erstellen. Wahrscheinlich würden wir verzeigt, gebüsst und hätten sogar ein Gerichtsverfahren am Hals. In der Tüfi aber geschieht nichts. Solchen Missständen ist so schnell als möglich zu begegnen, sie sind aus der Welt zu schaffen. Wir hoffen, dass auf dem Stadtgebiet immer noch Rechtsgleichheit gilt. Recht sollte für alle gleich sein und Spielregeln - Gesetz, Verordnungen etc. - sind da, um eingehalten zu werden. Das ist ein Grundsatz unseres Rechtsstaates. Ich hoffe, dass in dieser Sache endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Wir sind gespannt auf die Reaktion des Stadtrates.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat hat gestern beschlossen, dass die Situation bis Ende Jahr vom jetzigen Beleger dieser Parkplätze in den Urzustand zurückgebaut werden muss.

1.7 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 8. Dezember 2010 statt.

1.8 Traktandenliste

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

2. Einbürgerungsgesuche

Es wurden 12 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen.

Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes im Protokoll nicht.

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sozialkommission

Im Namen der IFK schlägt Fredi Morf Frau Susanne Tomasi-Klaus, SVP, Rütistrasse 50, zur Wahl vor.

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Frau Susanne Tomasi-Klaus als Mitglied der Sozialkommission für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

4. Haushaltführung mit Globalbudgets

Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Anpassungen der Vereinbarung zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Die Sachkommission bedankt sich für die Anpassung der Vereinbarung. Die Wünsche, die die Sachkommission an der Juli-Ratssitzung und an der Präsidentenkonferenz im August eingebracht hat, wurden berücksichtigt. Die Sachkommission empfiehlt, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen.

Beschluss

Der vorliegenden Vereinbarung wird zugestimmt:

Zustimmung.

5. Globalbudget-Postulate 2011

Antrag des Stadtrates, die Globalbudget-Postulate 2011 abzuschreiben und die Stellungnahmen des Stadtrats bzw. der Schulpflege zu den Anträgen der Sachkommission gutzuheissen

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Die Sachkommission (Sako) bedankt sich beim Stadtrat und der Schule für die Behandlung der eingereichten Globalbudget(GB)-Postulate, die im Budget 2011 bereits weitgehend umgesetzt worden sind. Nun liegt der Abschreibungsantrag des Stadtrates der GB-Postulate als Bündel vor. Die Sako hat schriftlich den Änderungsantrag eingereicht, aus dem GB-Postulatbündel das Postulat Nr. 5, Produktegruppe Versorgung, Wasser, herauszulösen und separat darüber abzustimmen. Die Sako ist einstimmig der Meinung, dass die Antwort des Stadtrates nicht befriedigend ist. Zumal wurde beispielsweise keine finanzielle Konsequenz angesprochen, die sich möglicherweise mit der Herabsetzung auf < 4 h ergeben könnte. Die ganze Pikett-Reglementierung war bestimmt auch Bestandteil bei der Vergabe des Betreibungsmandats. Dies wird im Bericht ebenfalls nicht berücksichtigt. Es ist uns klar: Ein Wasserschaden dauert so lange, wie er dauert. Es ist aber wichtig, dass man sich Reaktionszeiten als Ziele setzt. Denn: Wartet man zu lange, wird es bei einem Schaden schnell überproportional viel teurer. Schäden an Strassen, Kulturland, Wassereinbruch in Kellern usw. können entstehen. Ursprünglich war von der Kommission Reform gedacht, dass genau solche Informationen in den Antworten auf GB-Vorstösse zu finden sein sollten. Damit hätte der Gemeinderat genügend Informationen, um die Leistungen einzukaufen. Dazu gehört auch die Frage, wie lange es durchschnittlich dauern soll/darf, bis ein Schaden behoben ist. Aus Sicht der Sako besteht da noch Klärungsbedarf, der im Rahmen der Budgetdebatte noch aufgearbeitet werden könnte. Um dieses Fenster offen zu halten, will die Sako dieses Postulat noch nicht abschreiben. Es geht jetzt noch nicht darum, ob der Indikator < 4 h oder < 6 h sein soll. Es geht lediglich darum, alle Informationen zu haben, damit dieser Entscheid getroffen werden kann. Darum soll dieses Thema auf die Pendenzenliste gesetzt werden.

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Der Stadtrat beantragt, sämtliche GB-Postulate abzuschreiben. Die RGPK ist verpflichtet, zum Antrag des Stadtrates Stellung zu nehmen. Wenn nun die Sachkommission einen Änderungsantrag stellt, nehmen wir automatisch Position für oder gegen die Sachkommission ein, und das erachten wir als ungünstig. Die materielle Bedeutung dieses GB-Postulates ist eher zu vernachlässigen, da sind wir uns wahrscheinlich einig. Dahinter steckt aber eine wichtige Verfahrensfrage, nämlich: Soll die RGPK ihr Ermessen anstelle des Ermessens der Sachkommission, die in dieser Sache sicherlich besser qualifiziert ist, zur Prüfung setzen. Wir haben nichtsdestotrotz das Geschäft geprüft und sind zu einem anderen Ergebnis als die Sachkommission gekommen. Wir sind der Meinung, dass der vom Stadtrat vorgeschlagene Indikator - < 6 h - eine realistische Grösse ist. Es wird in der Begründung, die wir nicht als ungenügend erachten, gesagt, dass die Behebung von kleineren Fällen etwa 6 h braucht. Die Frage ist, was der Indikator aussagt. Wenn man einen Indikator auf 4 h hinunter setzt, aber die Verwaltung 6 h braucht, dann sollte man nicht Unmögliches verlangen, sondern man sollte realistische Indikatoren setzen. Und wenn man den politischen Willen hat, die 4 h zu verwirklichen, muss man sich im Klaren

sein, dass man entsprechende personelle und finanzielle Mittel bereitstellen muss. Die aktuelle Situation ist aus meiner Sicht nicht problematisch. Die Verantwortlichen handeln in solchen Situationen so schnell als möglich, und deshalb sollte man den Indikator bei < 6 h belassen. Die RGPK empfiehlt einstimmig Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Stadtpräsident Harald Huber:

18 Globalbudget-Postulate - das hätte ich mir nie träumen lassen. Ich danke der Verwaltung, dass sie die Herausforderung angenommen und die Postulate geprüft hat. Wir haben viele gute Hinweise erhalten, die wir gerne übernommen haben. Zum Antrag der Sachkommission äussert sich Stadtrat Patrick Stutz.

Stadtrat Patrick Stutz:

Auch wir wünschen uns, dass sämtliche Unterbrüche in der Trinkwasserversorgung unter 4 h liegen. Leider entspricht dies aber nicht den Tatsachen und ist auch nicht erfüllbar. Das hat nichts mit dem Pikettdienst zu tun, diesen haben wir so oder so während 24 h. Zwei Beispiele dazu: Vor rund zwei Wochen ist morgens um 08.30 h ein Motorradfahrer in einen Hydranten gefahren und hat diesen so ungünstig beschädigt, dass das Leitungsnetz abgeschaltet werden musste. Innerhalb von 10 Minuten war jemand vom Betriebsführungsmandat der Wasserversorgung auf dem Platz, man konnte den Schaden innerhalb von vier Stunden beheben, inkl. Ersatz der Leitungen. Im andern Fall: Vor zwei Jahren, morgens um 1 Uhr, gab es einen Leitungsbruch. Nebst der Wasserversorgung wurde auch der Tiefbau aufgeboden, die Strasse wurde aufgemacht, der Schaden wurde behoben. Dann wurde wieder Druck auf die Leitung gegeben, grad zwei Meter nebenan gab es den nächsten Leitungsbruch. Man musste ein Provisorium bauen, damit die Häuser entsprechend versorgt werden konnten. Dieser Leitungsunterbruch dauerte leider mehr als 6 h. So gibt es unzählige weitere Beispiele. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem Indikator - $\emptyset < 6$ h - dem Postulat Rechnung tragen und auch den entsprechenden Druck auf das Betriebsführungsmandat der Wasserversorgung wie auch aufs Tiefbauamt ausüben. Ergänzung zur Information haben wir zusätzlich die Anzahl der Leitungsbrüche pro Jahr im Leistungsumfang erwähnt. Deshalb empfehle ich Ihnen, den Antrag der Sachkommission nicht zu unterstützen.

Max Stenz:

Jetzt hätten wir ein Führungsinstrument, mit dem wir Leistungen verlangen können, die wir bezahlen. Argumente, dass es wahrscheinlich nicht möglich sei, haben nichts mit dem Sinn, die hinter den 4 h stehen, zu tun. Dahinter steht die Idee, dass ein Schaden möglichst schnell behoben wird, um Folgeschäden zu verhindern. Wie lange es dauert, bis die Strasse wieder instand gestellt ist, ist egal. Aber wenn eine Wasserleitung platzt, dann entsteht innert kürzester Zeit ein sehr grosser Schaden. Wenn wir < 4 h verlangen, dann wäre das für die Zuständigen ein Ansporn, den Schaden möglichst schnell zu beheben. Es wäre eine lenkende Massnahme, jetzt können wir Einfluss nehmen.

Yannick Wettstein:

Mit den Argumenten von Max Stenz müsste man den Indikator konsequenterweise auf 0 setzen. Wenn nicht in erster Linie ein Ziel erreichbar sein soll, sondern es nur darum geht, Druck aufzusetzen, hat man gar keine Steuerungsfunktion mehr. Wenn dank eines

Riesenefforts im Schnitt 5 h gebraucht werden und somit die 6 h unterschritten werden können, dann wäre bei einer Zielvorgabe von 4 h eine Stunde überzogen worden - das finde ich nicht ehrlich. Man sollte die Indikatoren ernst nehmen und realistische Ziele setzen.

Stadtrat Patrick Stutz:

Wenn wir von Vermeidung von Schäden sprechen, ist das nicht das Gleiche wie Leitungsunterbrüche. Das Wasser abstellen, geht schnell, aber das zu flicken, was im Boden kaputt ist, kann mehr Zeit beanspruchen. Dass das Wasser wieder innerhalb von 4 h läuft, das ist die Schwierigkeit. Selbstverständlich wird bei einem Leitungsbruch das Wasser sofort abgestellt, damit die Schäden maximal verringert werden.

Hanspeter Clesle:

Ich halte nochmals fest: Es geht jetzt nicht um die 4 oder 6 h, sondern es geht darum, das Postulat auf die Pendenzenliste zu setzen, weil die Sachkommission der Meinung ist, dass noch Klärungsbedarf besteht. Es geht nichts verloren, wenn das Postulat auf die Pendenzenliste gesetzt wird.

Beschlüsse

Antrag der Sachkommission:

Aus dem Globalbudget-Postulatbündel (Gesch. No. 217) wird das Postulat Nr. 5 betr. der Produktegruppe Versorgung, Wasser herausgelöst und separat darüber abgestimmt:

Ablehnung mit 15 : 17 Stimmen.

Antrag des Stadtrates:

Die Globalbudget-Postulate werden abgeschrieben und die Stellungnahmen des Stadtrats bzw. der Schulpflege zu den Anträgen der Sachkommission werden gutgeheissen: Zustimmung.

Da der Ratspräsident zum nächsten Traktandum sprechen möchte, übergibt er die Sitzungsleitung dem 1. Vizepräsidenten Hans-Peter Nyffeler.

6. Förderprogramm für Solaranlagen

Bericht und Antrag auf Abschreibung des Postulates von Thomas Fässler betr. Förderprogramm für den Bau von Solaranlagen

Bericht und Antrag des Stadtrates lauten wie folgt:

Die Stadt Adliswil ist seit 1998 Energiestadt. Im Rahmen des letzten Reaudits Ende 2009 hat sich die Stadt als Ziel gesetzt, in den folgenden 4 Jahren weitere 118 Massnahmen im Rahmen der Energiestadt umzusetzen. Im Budget sind dafür jährlich rund 30'000 Franken für Energiemassnahmen eingesetzt, dabei sind die internen Aufwendungen einzurechnen. Grundsätzlich ist der Stadtrat positiv eingestellt gegenüber Solar- und Photovoltaikanlagen. Ein eigentliches Förderprogramm ist jedoch derzeit nicht vorgesehen.

Weshalb kein Förderprogramm? Die Stadt Adliswil hat in den kommenden Jahren grosse Investitionen zu tätigen und weist gleichzeitig einen Aufwandüberschuss im Budget auf. Mit einem finanziellen Förderprogramm würden sich die Aufwendungen für die Energiemassnahmen entsprechend erhöhen oder andere geplante Massnahmen zur Förderung einer effizienten Energienutzung und zur Sensibilisierung der Einwohner auf diese Belange müssten weggelassen werden. Eine Erhöhung vom Budget, basierend auf einem Förderprogramm für Solaranlagen für Private Wohneigentümer, erachtet der Stadtrat zurzeit als nicht vertretbar. Vielmehr soll mit dem bestehenden Budget die ganze Bevölkerung der Stadt Adliswil profitieren können. Schwerpunkte, wie die Information der Hauseigentümer über den Nutzen von wärmetechnischen Gebäudesanierungen und die verschiedenen Förderprogramme von Bund und Kanton, sollen verstärkt angegangen werden. Im Bereich der Solaranlagen sollen die Wohneigentümer vor allem im Bereich der Baubewilligungen und allfälliger Beratung unterstützt werden. Dabei sollen die Wohneigentümer auch darauf hingewiesen werden, dass es bereits andere Institutionen gibt, die Solaranlagen fördern.

Thomas Fässler:

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Prüfung des Anliegens. Er ist gegenüber Solaranlagen grundsätzlich positiv eingestellt. Ein eigenes Förderprogramm kann sich aber Adliswil im Moment nicht leisten. Das finde ich schade, und ich weise darauf hin, dass die Klimaerwärmung voran schreitet und nicht wartet, bis Adliswil wieder mehr Geld hat. So hoffe ich auf die Eigeninitiative der Bevölkerung und werde dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung zustimmen. Ich werde aber bei besseren finanziellen Verhältnissen erneut einen Vorstoss machen.

Ueli Gräflein:

Die Grüne Fraktion ist erfreut, dass die Stadt Adliswil im Rahmen des Energiestadt-Labels weitere Massnahmen zur Energieeffizienz in der Stadt trifft. Sie nimmt auch zur Kenntnis, dass der Stadtrat gegenüber Solar- und Photovoltaikanlagen positiv eingestellt ist. Enttäuscht sind wir aber, dass der Stadtrat derzeit keine Fördergelder spricht. Die Erfahrung von anderen Kantonen und Ländern zeigt, dass Förderprogramme die Realisierung von Solar- und Photovoltaikanlagen fördern. Durch Investitionen seitens der Hauseigentümer erhalten die Immobilien eine Wertsteigerung, was wiederum bedeutet, dass der Steuerwert höher eingeschätzt werden kann und somit der Stadt auch

höhere Steuererträge zufließen. Indirekt würden auch über Auftragsvergaben zusätzliche Steuergelder in die Stadtkasse fließen, sofern die Aufträge an ortsansässige Unternehmen vergeben werden. Thomas Fässler begründete sein Postulat entsprechend. Wir bedauern den Entscheid sehr, hören aber auch, dass der Stadtrat sich nicht grundsätzlich gegen die erneuerbaren Energien ausspricht. Wir hoffen daher, dass es zu einem späteren Zeitpunkt wieder thematisiert und als Legislaturziele aufgenommen wird. Zusammen mit Gleichgesinnten werden wir die Thematik „Realisierung von erneuerbaren Energien“ weiterbehandeln.

Peter Werder:

Die FDP-/EVP-Fraktion ist über die Antwort des Stadtrates befriedigt. In der Ratssitzung vom 4.11.2009 haben wir für die Überweisung dieses Postulates gestimmt, dies aber mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Förderung nicht in Form von Geld geschehen sondern der kommunale Spielraum bei Bewilligungen maximal genutzt werden soll. Der Stadtrat sagt jetzt, dass er genau das machen will. Um es nochmals auf den Punkt zu bringen: Wir erwarten eine schnelle Bewilligungspraxis, welche den Spielraum zugunsten der Solarenergie ausnutzt. Zwei Beispiele: Art. 18 des Raumplanungsgesetzes - hier bietet der Begriff der sorgfältigen Integration Spielraum und im § 1 der kantonalen Bauverfahrensordnung bietet der Begriff „Kernzone, Solaranlagen bis 35 m²“ Spielraum. Wir bitten den Stadtrat um maximale Berücksichtigung dieser Möglichkeiten.

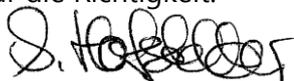
Beschluss

Das Postulat von Thomas Fässler wird abgeschrieben:

Zustimmung.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin